

# **Starke Infrastrukturen: Die Schlagadern der Wirtschaft**

**Warum die Transformation nur mit  
starken Infrastrukturen gelingt**

Ein Positionspapier des Netzwerks  
Women in Lead im  
Wirtschaftsforum der SPD e.V.

## **Abstract**

Damit Deutschland die unterschiedlichen Transformationen etwa in der Klima- oder Digitalpolitik meistern kann, muss das Land seine Infrastrukturen ertüchtigen. Viel zu lange wurde dem Bau, Ausbau und Erhalt von Infrastrukturen nicht die politische Priorität beigemessen, die es für eine leistungsfähige Volkswirtschaft braucht. Ob Energie-, Verkehr- oder Telekommunikationsinfrastruktur: Es braucht ein politisches Bekenntnis zu starken Infrastrukturen. Fachkräfte, Genehmigungsverfahren, Finanzierungsmöglichkeiten und Planbarkeit sind Hebel einer Infrastrukturpolitik, die auf eine aktive Rolle des Staates setzt und leistungsfähige Infrastrukturen als Voraussetzung für die gelingende Transformation erkennt.

## **Damit die Transformation funktioniert, müssen Infrastrukturen funktionieren.**

Transformation heißt: Umbau, Veränderung, Wandel. Durch die planetaren Grenzen unausweichlich, ist die Umstellung sämtlicher Lebens- und Wirtschaftsbereiche hin zur Klimaneutralität die große Transformationsaufgabe des 21. Jahrhunderts. Dabei geht es nicht nur um die Dekarbonisierung von Energieerzeugung und industriellen Prozessen oder die Umstellung auf klimaneutrale Mobilität und Gebäude. Im globalen Kontext heißt Transformation auch, die Voraussetzungen für den wirtschaftlichen Wohlstand für morgen zu schaffen. Wer heute führend in der Skalierung grüner Technologien ist und Rahmenbedingungen für Zukunftsinvestitionen bietet, kann auch im defossilen Zeitalter ökonomisch vorne mitspielen. In dieser Lesart ist das Gelingen der Transformation moderne Standortpolitik: Investitionen, Forschungs- und Entwicklungsräume oder hochqualifizierte Fachkräfte werden im internationalen Umfeld künftig dort anzutreffen sein, wo die Dekarbonisierung als Katalysator wirtschaftlicher Prosperität genutzt wird.

Doch diese Transformation gelingt nur mit dem richtigen Rückgrat: mit starken Infrastrukturen. Gerade in Veränderungsprozessen braucht es die Leitplanken der verlässlichen Infrastruktur, um ebenjenen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft zum Erfolg zu führen. Unternehmen brauchen starke Energie-, Verkehrs- und Digitalinfrastrukturen, um ihre Geschäftsmodelle und -prozesse klimaneutral zu transformieren. Und Bürgerinnen und Bürger brauchen starke Infrastrukturen als Ausdruck der Daseinsvorsorge: Gesicherte Energieversorgung, intakte Verkehrsnetze und zeitgemäße Telekommunikationsnetze schaffen Vertrauen in staatliches Handeln und dessen demokratische Legitimation. Infrastrukturen zu stärken heißt, Daseinsvorsorge zu erhalten und somit Sicherheit und Zutrauen in ((klima-)politisch gewollten) Umbruchphasen zu erzeugen. Deswegen ist klar: Damit die Transformation funktioniert, müssen Infrastrukturen funktionieren.

»Infrastrukturen« können breit gefasst werden und erstrecken sich auf viele Politik- und Wirtschaftsbereiche. Es seien drei Felder genannt: Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung stellen wesentliche Infrastrukturen und Dienstleistungen für einen funktionierenden Alltag in Städten, Landkreisen und Gemeinden bereit. Hierdurch bilden sie das Fundament für Teilhabe und Wirtschaft. Seit jeher dem Zieldreieck »Versorgungssicherheit – Bezahlbarkeit – Umweltverträglichkeit« unterworfen, ist die Versorgung mit Strom, Wärme, Kraftstoffen, aber auch Wasser in besonderem Umfang von den Herausforderungen der Transformation gezeichnet. Eine starke Verkehrsinfrastruktur ist für ein Land in der Mitte Europas eine unerlässliche Voraussetzung zur Sicherung der Wertschöpfung im Binnenmarkt der EU. Sie ist aber auch elementarer Teil der Daseinsvorsorge: Regelmäßig fahrende Bahnen oder intakte Brücken und Straßen verdeutlichen, dass der Staat das Grundbedürfnis Mobilität der Bürgerinnen und Bürger ernst nimmt. Jedoch gilt ebenso, dass zukünftige Mobilität auf der Straße, auf der Schiene, auf dem Wasser und in der Luft klimaneutral werden muss. Starke Infrastrukturen sind die Voraussetzung, damit die Verkehrs- und Antriebswende gelingen kann. Technologieführerschaft im

21. Jahrhundert ist zudem nicht ohne leistungsfähige Telekommunikationsinfrastruktur denkbar. Der flächendeckende Glasfaserausbau ist seit Langem politisches Ziel und stellt doch kommunale Aufgabenträger vor enorme Herausforderungen in der Umsetzung. Gleichzeitig ist die Telekommunikationsinfrastruktur elementare Voraussetzung für die technologische Innovation in der Nutzung von Quanten-Computing und Künstlicher Intelligenz – gerade und im Besonderen in Anbetracht geopolitischer Spannungen und der wachsenden Bedeutung von Cyber-Security.

Man kann zusammenfassen, dass funktionierende Infrastrukturen – in einem weit gefassten Begriff – elementare Voraussetzung für wirtschaftliche Prosperität sind: Waren beispielsweise die globalen Zuliefernetzwerke bereits durch erhebliche Transport- und Logistikprobleme aufgrund der Pandemie beeinträchtigt, haben sich die damit verbundenen Produktionsstörungen in deutschen Unternehmen aufgrund mangelnder oder verspätet eintreffender Vorprodukte nach dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und dem daraus folgenden Energiepreisschock nochmals verschärft. Gesperrte Autobahnen, Ausfälle im Schienenverkehr, Staus in den Seehäfen und durch Niedrigwasser beeinträchtigte Schiffstransporte im Inland setzen die Unternehmen zusätzlichen Belastungen aus.

## **Der Zustand der Infrastrukturen kann nicht so bleiben, wie er ist.**

Der Blick auf die künftige Verfasstheit der Infrastrukturen beginnt jedoch bei der Bestandsaufnahme des Status Quo: Schon heute ist der Zustand der Infrastrukturen defizitär. Vier von fünf Unternehmen sehen sich in einer Untersuchung des IW Köln im Jahr 2022 regelmäßig durch Infrastrukturmängel in ihrer Geschäftstätigkeit beeinträchtigt. Städte, Gemeinden und Landkreise melden im KfW-Kommunalpanel 2023 einen Investitionsrückstand von rund 166 Milliarden Euro. Das Deutsche Institut für Urbanistik ermittelte 2023 einen Bedarf von über 370 Milliarden Euro für die Sanierung kommunaler Verkehrsinfrastrukturen.

Das macht deutlich: Deutschlands Infrastrukturen sind in die Jahre gekommen. Ganzheitlich betrachtet ergibt sich das Bild, dass die einst als Standortvorteil geltende Infrastruktur zunehmend zu einem Hindernis für die deutsche Wirtschaft wird. Doch die Verfügbarkeit und Zuverlässigkeit unterschiedlicher Infrastrukturelemente bilden die »Wirbelsäule« für wirtschaftliche Aktivitäten und tragen wesentlich zur Wettbewerbsfähigkeit bei. Sie bleiben die Grundlage für eine effiziente Produktion und für Wirtschaftsverkehre. Eine zuverlässige Energieversorgung, ein intaktes Verkehrsnetz oder eine flächendeckende Ausstattung mit innovativer Telekommunikationsinfrastruktur ist somit alternativlos.

## Herausforderung: Infrastrukturen für die Transformation ertüchtigen

Doch Infrastrukturen in und für die Transformation müssen nicht nur nach dem bisherigen Verständnis intakt sein, sondern nach neuen Maßstäben für die Energiewende ertüchtigt werden. Ausgehend von den internationalen Klimaschutzziele brauchen Unternehmen die Möglichkeit, von CO<sub>2</sub>-intensiver auf CO<sub>2</sub>-neutralere Produktion umzustellen – also beispielsweise in großem Maßstab klimaneutralen Wasserstoff oder grünen Strom zu beziehen und nachhaltige Lieferketten zu organisieren. Ein »Weiter so« wird dieser Zielvorstellung nicht gerecht. Viele deutsche Großindustrieanlagen stehen vor Investitionen zur Erneuerung, und zahlreiche Unternehmen sind bereit, diese Investitionen mit umweltfreundlichen Technologien vorzunehmen. Allerdings benötigen sie klare Perspektiven bezüglich der regulatorischen Rahmenbedingungen und entsprechende Unterstützung in Forschungs- und Industriepolitik. Ohne diese Planungssicherheit ist damit zu rechnen, dass Unternehmen sich gegen den Standort Deutschland entscheiden; ein anhaltender Investitionsstau ohne erkennbare Modernisierungsdynamik könnte zu einer Abwärtsspirale aus Unternehmensabwanderungen, Werksschließungen und generellem Zukunftspessimismus führen. Von der Qualität der Infrastrukturen hängt daher die Zukunft des Standortes entscheidend ab. Gute Infrastrukturen helfen, Krisen zu überstehen und sind nötig für die Digitalisierung und Transformation zur Klimaneutralität. Und gute Infrastrukturen passen sich den Herausforderungen zukünftiger Rahmenbedingungen an.

Mitwachsende Infrastrukturen fit zu machen für die Transformation, heißt dabei:

- **Stromnetze massiv stärken:** Die Elektrifizierung von Industrie, Wärme und Verkehr ist auf den massiven Ausbau des Stromnetzes auf allen Spannungsebenen angewiesen. Schwankende Einspeiseleistungen von Erneuerbare-Energien-Anlagen und die neue räumliche Verteilung der Stromerzeugung machen eine umfangreiche Anpassung der Netzinfrastuktur notwendig. Grüner Strom, insbesondere aus Windenergie, entsteht vorwiegend im Norden, Osten und in Offshore-Gebieten. Viele Stromverbraucher wie große Industriebetriebe sind jedoch hauptsächlich im Süden und Westen Deutschlands angesiedelt. Ohne den Ausbau des Übertragungsnetzes wird der Transport des erneuerbaren Stroms von den Erzeugern zu den Verbrauchern nicht gelingen. Zudem müssen erneuerbare Energien und andere Anlagen verstärkt Systemverantwortung übernehmen und Dienstleistungen bereitstellen, die bisher vorrangig von konventionellen Großkraftwerken erbracht wurden.
- **Kommunale Wärmepläne nutzen:** Die Dekarbonisierung der Wärmeversorgung ist die zentrale Herausforderung für die kommenden zwei Jahrzehnte und mit erheblichen baulichen und finanziellen Aufwendungen verbunden. Insbesondere die kommunale Wärmeplanung stellt ein Schlüsselinstrument zur Erreichung der Klimaschutzziele im Gebäudebestand dar. Mit ihr können Städte und Gemeinden ihre eigenen Strategien für eine klimaneutrale Wärmeversorgung entwickeln und die Technologien wählen, die optimal zu den Bedingungen vor Ort passen. Vor allem der Einsatz von Wärmepumpen sowie die zentrale Fern- bzw. dezentrale Nahwärme werden an Bedeutung gewinnen. In ausgewählten Fällen werden aber auch molekulare Energieträger Anwendung in der klimaneutralen Wärmeversorgung finden.

- **H<sub>2</sub>-/Methangas-Netze umrüsten:** Der Einsatz von Wasserstoff ist ein essenzieller Bestandteil der Dekarbonisierung vieler Sektoren. Es ist daher gut, dass die Bundesregierung gemeinsam mit den Fernleitungsnetzbetreibern die Weichen zum Wasserstoff-Kernnetz gestellt hat. Damit ist ein wichtiger Schritt zur Etablierung der Wasserstoff-Wirtschaft angestoßen. Darüber hinaus bedarf es jedoch auch auf regionaler Ebene eine Netzinfrastruktur, um alle Wasserstoffkunden zu versorgen (derzeit sind ca. 1,8 Millionen industrielle und gewerbliche Letztverbraucher an das Gasverteilnetz angeschlossen). Heutige Gasleitungen sind bis auf wenige Ausnahmen mit geringem Aufwand auf Wasserstoff umstellbar. Eine kluge Umwidmung der Gasnetzinfrastruktur ist somit volkswirtschaftlich geboten.
- **Telekommunikationsnetze modernisieren:** Es bedarf einer flächendeckenden digitalen Infrastruktur, um die im Grundgesetz festgeschriebene Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse auch im Digitalen zu garantieren. Das mobile Internet ist mittlerweile ein integraler Bestandteil unseres täglichen Lebens. In den vergangenen fünf Jahren ist das Datenvolumen im Durchschnitt um 50 Prozent pro Jahr gestiegen. Die Erwartungen von Verbrauchern, Kommunen und Unternehmen an eine nahtlose Mobilfunkabdeckung ohne Funklöcher sind hoch. Zudem müssen wir jetzt die richtigen Weichen stellen, damit 6G ab 2030 den Mobilfunkstandard revolutionieren kann, dann wird die Einführung der nächsten Generation des Mobilfunks, 6G, erwartet. Die Weiterentwicklung der digitalen Mobilkommunikation wird erneut einen Zuwachs an Geschwindigkeit, Kapazität und Zuverlässigkeit im Vergleich zu 5G bieten. Dies ermöglicht völlig neue Anwendungsfälle, darunter immersive Erlebnisse im Metaversum, die Erweiterung von Digitalen Zwillingen zur Steuerung intelligenter Städte und die Bereitstellung medizinischer Versorgung selbst in abgelegenen Regionen unserer Welt.
- **Verkehrswege sanieren:** Deutschland als Exportnation und Transitland ist auf einen reibungslosen Personen- und Güterverkehr angewiesen. Um die Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen zu fördern, ist die Verlagerung von Verkehren auf die Schiene das Mittel der Wahl, wie es auch der Koalitionsvertrag der Bundesregierung vorsieht. Jedoch ist das aktuelle Schienennetz dafür unzureichend dimensioniert und überlastet, insbesondere die Hauptkorridore sind jahrelang vernachlässigt worden. Ebenso müssen etwa 4.000 Autobahnbrücken zügig saniert werden, um langwierige Staus, vollständige Sperrungen und den Kollaps des Verkehrs in bestimmten Regionen zu vermeiden. Auch der Ausbau der ÖPNV-Infrastruktur muss konsequent angegangen und finanziell untermauert werden, weil dies der komplementäre Baustein zum sogenannten Deutschlandticket ist.

- **Ladeinfrastruktur ausbauen:** Der Hochlauf der E-Mobilität benötigt ausreichend Ladeinfrastruktur. Ohne aber den Stromnetz- und Ladeinfrastruktur-Ausbau zusammenzudenken und zu beschleunigen, wird die Antriebswende nicht gelingen. Die Integration der E-Mobilität in das Energiesystem wird einen entscheidenden Beitrag zur Akzeptanz von E-Fahrzeugen leisten, ist aber auf den energierechtlichen Rahmen hierfür angewiesen. Zwar will die Bundesregierung mit dem Masterplan Ladeinfrastruktur II den Hochlauf der Elektromobilität beschleunigen. Doch in der Praxis erweist sich der Netzausbau zunehmend als Nadelöhr zur Errichtung neuer Ladeinfrastruktur und ist auf pragmatische Vereinfachungen zum Beispiel in den Bauordnungen angewiesen.
- **Hafeninfrastruktur und Wasserstraßen ertüchtigen:** Nicht zuletzt im Zuge des Neubaus der LNG-Terminals nach dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine und der Diversifizierung der Energieversorgung hat der Bau und Ausbau der deutschen Häfen neue Relevanz erlangt. Aber auch für den Import anderer molekülgebundener Energieträger wie Wasserstoff samt dessen Derivaten sowie von verflüssigtem CO<sub>2</sub> im Rahmen der CCU/CCS-Technologie ist eine leistungsfähige Hafeninfrastruktur unerlässlich. Neben den Häfen als Energiedrehscheibe ist auch der Verkehrsträger Wasserstraße ein zentrales Element leistungsfähiger Verkehrsinfrastruktur und die Ertüchtigung der Binnenschifffahrt unverzichtbar, um weitere Verkehrsverlagerung insbesondere von Güterverkehren vorzunehmen. Wasserstraßen müssen sich jedoch im Besonderen auf sich verändernde klimatische Bedingungen und Umwelteinwirkungen einstellen und brauchen daher eine geeignete Entwicklungsperspektive.

Gleichsam ergeben sich in der Entwicklung von Zukunftsinfrastrukturen neue Potenziale für Innovationstechnologien: So sind beispielsweise intakte Verkehrs- und Kommunikationsnetze gleichermaßen Voraussetzung für die Anwendung neuer Mobilitätslösungen im Bereich des autonomen Fahrens, das große Potenziale für Verkehre sowohl im urbanen als auch im ländlichen Raum bietet. Eine ganzheitliche Wasserstoff-Infrastruktur, die Importmöglichkeiten an Häfen ebenso wie flächendeckende Transportnetze beinhaltet, ermöglicht industrielle Anwendungen beispielsweise in der Produktion klimaneutraler Kraftstoffe für die Luft- und Seefahrt. Transformation findet in Clustern statt – und Infrastrukturen müssen diese Cluster abbilden.



## Infrastrukturpolitik bleibt hoheitliche Kernaufgabe

Erhalt, Bau und Ausbau von Infrastrukturen sollten als Kernaufgabe der öffentlichen Hand verstanden werden – und politisch entsprechend gewichtet werden. Der Staat muss ein ureigenes Interesse an robusten Infrastrukturen haben, die nicht nur die wirtschaftliche Vitalität fördern, sondern auch die Lebensqualität der Bevölkerung verbessern. Durch staatliche Verantwortung, in unmittelbarer oder mittelbarer Form, kann eine langfristige strategische Planung gewährleistet werden, um Infrastrukturprojekte zu finanzieren, zu koordinieren und zu realisieren. Dies fördert nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung, sondern stärkt auch die Widerstandsfähigkeit gegenüber Unsicherheitsszenarien und steigert die Attraktivität des Landes für Investitionen und Talente. Eine aktive Verantwortung des Staates an der Infrastrukturpolitik ist essenziell, um die sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Bedürfnisse der Gesellschaft zu erfüllen.

Daraus folgt nicht, dass die öffentliche Hand 100-prozentige Eigentümerin sämtlicher Infrastrukturen sein sollte. Wohl aber sollte die Funktionstüchtigkeit und zukunfts feste Weiterentwicklung derselben auf die Agenda gehören. Politik trägt Verantwortung und muss sicherstellen, dass auf den unterschiedlichen staatlichen Ebenen Infrastrukturen die Bedeutung bekommen, die sie verdienen. Hierbei kommt dem Staat eine Schlüsselrolle zu, da er in der Lage ist, langfristige Investitionen zu tätigen sowie koordinative Maßnahmen zu ergreifen, die für private Unternehmen nicht umsetzbar sind. Darüber hinaus kann die öffentliche Hand zielgerichtet qualitative Standards im regulatorischen Rahmen verankern und so einen stabilen Handlungsraum für unternehmerische Tätigkeiten schaffen. Die Förderung von Infrastrukturprojekten ist daher nicht nur im öffentlichen Interesse, sondern auch entscheidend für eine dynamische, nachhaltige Wirtschaft.

Die Transformation der Infrastrukturen ist mit enormen Anstrengungen verbunden. Der Umbau des Energiesystems, die Sanierung und der Erhalt der Verkehrsinfrastruktur, die Ansiedlung neuer Schlüsselindustrien: Infrastrukturpolitik in der Transformation bedeutet auch, in erheblichem Umfang zu investieren. Die KfW ermittelte noch im Jahr 2023 einen Investitionsbedarf bis 2045 in Höhe von rund fünf Billionen Euro, um die Infrastrukturen für die klimaneutrale Zukunft zu ertüchtigen – einen Großteil dieser Investitionen (rund 60 Prozent) müssen private Unternehmen tätigen. Investitionen am Standort erfolgen jedoch nur, wenn die Rahmenbedingungen als attraktiv wahrgenommen werden. Allerdings legt der bereits oben erwähnte Investitionsstau nahe, dass die öffentliche Hand dieser Aufgabe zuletzt nicht in dem Umfang nachgekommen ist, wie es die Transformationsherausforderungen verlangen: Über einen Zeitraum von rund zwanzig Jahren hat der Staat insgesamt weniger in neue Vermögenswerte investiert als für die Abschreibung der bestehenden aufgewendet wurde. Somit ist der öffentliche Kapitalstock geschrumpft.

Die veraltete Kapitalausstattung beeinträchtigt nicht nur den Alltag der Bürgerinnen und Bürger, beispielsweise durch gesperrte Brücken oder verspätete Züge, sondern hat auch konkret nachteilige wirtschaftliche Auswirkungen. Immer mehr Unternehmen beklagen bereits heute, dass ihre Geschäftsaktivitäten durch Infrastrukturprobleme behindert werden. Es wird daher dringend Zeit, Infrastrukturen (in einem weit gefassten Begriffsverständnis) als Teil der Daseinsvorsorge zu betrachten und ihre Funktionsfähigkeit wieder verstärkt als hoheitliche Kernaufgabe zu begreifen. Eine aktive Infrastrukturpolitik seitens der öffentlichen Hand ist unausweichlich. Sie sollte dem Prinzip folgen, mitwachsende Infrastrukturen zu errichten, die sich in Größe, Ausgestaltung und Belastbarkeit an eine sich dynamisch verändernde Umgebung anpassen.

## Prioritäten erfolgreicher Infrastrukturpolitik

Ob Energie-, Verkehrs- oder Telekommunikationsinfrastruktur: Die Ertüchtigung von Infrastrukturen für die Transformation wird politikfeldübergreifend nicht ohne folgende Rahmenbedingungen gelingen:

### 1) Ausreichend Arbeits- und Fachkräfte

Der Arbeits- und Fachkräftemangel stellt eine der bedeutendsten Herausforderungen für Unternehmen in Deutschland dar. Ursachen dafür sind vor allem der demografische Wandel und die abnehmende Attraktivität vieler Ausbildungsberufe für junge Menschen. Erhebungen u. a. des ifo Instituts zeigen, dass zahlreiche Firmen erhebliche Schwierigkeiten bei der Rekrutierung von Arbeitskräften haben. Unternehmen reagieren darauf mit verschiedenen Maßnahmen, um ältere Beschäftigte länger zu binden. Ausbildungsbetriebe berichten zudem über eine Veränderung der Bewerbersituation, nicht nur mit Blick auf die geringere Anzahl, sondern auch bezüglich der Qualifikation der Bewerber für Ausbildungsberufe. Auch der Ausblick fällt negativ aus: Ein Fünftel der Ausbildungsbetriebe plant für das kommende Ausbildungsjahr keine neuen Ausbildungsstellen anzubieten.

Während der Arbeitskräftemangel branchenübergreifend zu beobachten ist, sollte seine Behebung in den Infrastrukturen politisch priorisiert werden: Die Funktionstüchtigkeit der Infrastrukturen und deren Ausrüstung für die Energiewende stellt sachlogisch eine Voraussetzung für wirtschaftliche Prosperität anderer Sektoren dar. Kommunale Energieunternehmen, Stadtwerke oder auch die korrespondierenden Ämter und Behörden müssen attraktive Arbeitgeber sein dürfen. Denn nur, wenn die Kapazitäten zum Bau, Erhalt und Ausbau von Infrastrukturen geschaffen und bevorzugt berücksichtigt werden, können auf dieser Grundlage beispielsweise weitere Fachkräfte aus dem Ausland mit attraktiven Standortbedingungen nach Deutschland gelockt werden. Dazu gehören auch die (im vorliegenden Papier ansonsten nicht behandelten) sozialen Infrastrukturen etwa in der Kinderbetreuung. Nur wenn diese so aufgerüstet werden, dass Frauen gleichberechtigt am Erwerbsleben teilnehmen können, werden die Potenziale dieses Arbeitskräftesegments auch anderen Branchen zugänglich gemacht. Auch älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sollten durch gezielte Weiterbildungsangebote eine Beschäftigung auch im fortgeschrittenen Stadium ihres Berufslebens ermöglicht werden.

### 2) Schnelle Genehmigungsverfahren

Die Bundesregierung hat die Verkürzung von Planungs- und Genehmigungsverfahren gleich zu Beginn der Legislaturperiode als zentrales Handlungsfeld identifiziert und eine Reihe von Maßnahmen angestrengt, um beispielsweise den Ausbau erneuerbarer Energien zu erleichtern. Zudem hat ein intensiver Dialogprozess des Bundes mit den Ländern (»Bund-Länder-Pakt«) weitere Potenziale und etwa 100 Einzelmaßnahmen zur schnelleren Umsetzung von Planungsverfahren identifiziert. Dieser Ansatz ist richtig – und doch bleibt die Vereinfachung und Verkürzung von Genehmigungsverfahren über das bisher Erreichte hinaus ein Hebel, Infrastrukturen in ihrer politischen Relevanz zu stärken. Auch fehlende Digitalisierung oder Standardisierung führen zu erheblichen Verzögerungen bei der Ertüchtigung der Infrastruktur.

Ebenso bremst die heterogene Ausgestaltung einzelner Regulierungsbereiche auf föderaler Ebene Genehmigungsprozesse aus. Ergänzend hierzu sind schon Ausschreibungs- und Antragsverfahren ein Hebel, um Prozesse zu vereinfachen und zu verschlanken.

Doch die rechtliche Vereinfachung von Verfahren alleine kann in der Praxis noch keine Beschleunigung herbeiführen, wenn die Verwaltungen ihrerseits nicht für die effiziente Umsetzung gerüstet sind. Neben einzelnen Verfahrenserleichterungen braucht es insgesamt einen Mentalitätswandel, der insbesondere behördenseitig eine Kultur der Entscheidung fördert und anreizt. Weitreichende Investitionsentscheidungen können nicht durch die Risikoabwägung einzelner Beschäftigter in nachgeordneten Behörden gehemmt werden. Die bislang auf den Weg gebrachten Schritte zur Entschlackung von Verfahren können schließlich nur dann ihre Wirkung entfalten, wenn sie in die Praxis der zuständigen Genehmigungsbehörden überführt werden. Pragmatismus als Leitmotiv bei der Begleitung infrastruktureller Vorhaben, ist die Voraussetzung, um das in Zusammenhang mit der Errichtung des LNG-Terminals in Wilhelmshaven viel zitierte »Deutschlandtempo« zum neuen Standard im Bau, Ausbau und in der Ertüchtigung von Infrastrukturprojekten werden zu lassen.

### **3) Verlässliche Rahmenbedingungen**

Planungs- und Investitionssicherheit sind für Unternehmen in allen Bereichen zentrale Voraussetzungen. Entscheidungen über den Bau neuer Anlagen, das Einstellen neuen Personals oder das Ausbilden neuer Fachkräfte sind auf Kontinuität in der Kalkulation von Einflussfaktoren angewiesen. Die Transformation als Langfristziel darf dabei nicht durch sich schnell veränderte Rahmenbedingungen, z. B. bezüglich der Ausgestaltung von Fördermaßnahmen, Schaffung zusätzlicher Berichts- und Reporting-Standards oder Verschärfung von Zwischenzielen, unterminiert werden. So werden etwa mehrjährige Bauvorhaben durch die laufende Aktualisierung beispielsweise von Brandschutzbestimmungen, die dann Neu- oder Umplanungen erforderlich machen, ausgebremst. Die konsequente Verfolgung von Transformationspfaden ist unerlässlich und auf politische Stabilität angewiesen.

Ergänzend zu vereinfachten Planungs- und Genehmigungsverfahren braucht es daher auch eine strukturelle Vereinfachung in der Finanzierung von Infrastrukturprojekten der öffentlichen Hand sowie den pragmatischen Einsatz von Projektmanagement mit unbürokratischen Rahmenbedingungen. Die praktische Umsetzung von Infrastrukturvorhaben etwa der Bahn oder der Autobahn GmbH des Bundes bringt verschiedene Herausforderungen mit sich wie beispielsweise umfassende Wirtschaftlichkeitsanalysen, bevor der geschätzte Auftragswert im Haushalt angemeldet wird. Bei späteren Kostensteigerungen sind zusätzliche Finanzmittel durch detaillierte Dokumentationen zu beantragen. Selbst nach der Genehmigung gilt die Zusage nur für das aktuelle Haushaltsjahr; eine Übertragung auf das nächste Jahr erfordert erneute Anträge und Zustimmung. All diese Schritte führen neben dem administrativen Aufwand zu erheblicher Unsicherheit für beauftragte Unternehmen.

#### 4) Auskömmliche Finanzierungschancen

Erneuerbare Energiequellen, Netzinfrastrukturen, ein florierender Wasserstoffmarkt – die Energiewende ist ein Langzeitprojekt von immenser Tragweite und fordert gewaltige Investitionen: Bis 2030 werden nach Schätzungen des BDEW / VKU etwa 600 Milliarden Euro benötigt, während der Bedarf bis 2045 voraussichtlich auf mindestens eine Billion Euro steigen wird. Die Energiewirtschaft soll den Großteil dieser Summe stemmen – eine massive Herausforderung. Insbesondere nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil zum Klima- und Transformationsfonds im Herbst 2023 rückt die Finanzierung der Transformation zunehmend in den Blickpunkt und wird zum Gegenstand politischer Auseinandersetzungen.

Es wird daher zukünftig von zentraler Bedeutung sein, verstärkt privates Kapital für die Energiewende zu mobilisieren und die Finanzierung auf eine breitere Basis zu stellen. Infrastrukturpolitik steht vor der maßgeblichen Aufgabe, einen effektiven Investitionsrahmen zu gestalten, der wirtschaftlich lukrative Projekte im Bereich der Energiewende ermöglicht. Dafür braucht es beispielsweise gezielte Maßnahmen zur Eigenkapitalstärkung der Unternehmen, die Energiewendeprojekte stemmen und umsetzen, samt klarer und signifikanter steuerlicher Investitionsanreize zur Stärkung der »Innenfinanzierungskraft«. Auch die Anpassung des regulatorischen Rahmens, mit dem Ziel die Finanzierung deutlich zu erleichtern, stellt einen weiteren Hebel dar: Für alle Energiewende-Investitionen sollten die Eigenkapitalvorgaben für Infrastrukturprojekte erleichtert werden.

## Impressum

Herausgeber **Wirtschaftsforum der SPD e.V.**  
vertreten durch das geschäftsführende Präsidium  
Prof. Dr. Ines Zenke (Präsidentin)  
Heiko Kretschmer (Schatzmeister)  
Prof. Dr. Susanne Knorre (Vizepräsidentin)  
Matthias Machnig (Vizepräsident)  
Philipp Schlüter (Vizepräsident)  
Dr. Tanja Wielgoß (Vizepräsidentin)  
Michael Wiener (Vizepräsident)

V.i.S.d.P. Dr. Frank Wilhelmy, Geschäftsführer

Registereintrag im Vereinsregister beim Amtsgericht Charlottenburg unter der Registernummer VR 33920. Das Wirtschaftsforum der SPD e.V. ist registrierter Interessenvertreter zur Registernummer: R000328 des Lobbyregisters beim Deutschen Bundestag und unterliegt dem gesetzlichen Verhaltenskodex des LobbyRG.

Anschrift Dorotheenstraße 35  
10117 Berlin

Telefon +49 (0)30 400 40 660

Fax +49 (0)30 400 40 666

E-Mail [mail@spd-wirtschaftsforum.de](mailto:mail@spd-wirtschaftsforum.de)

Internet [spd-wirtschaftsforum.de](http://spd-wirtschaftsforum.de)

Gestaltung und Satz Anette Gilke, Hannover

Januar 2024